

Verlagsort: Altona, 19. 12. 1919. Nr. 191. Preis 1.20 M. ...



Die 14tägige Zeit ...

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 191 Druck und Verlag in Altona. Dienstag, den 17. August. 1920. 11. Jahrgang.

Das geknechtete Saarland.

Wie es die Franzosen gegenwärtig im Rheingebiet treiben, das bietet schon aller Beschreibung. Die Franzosen wissen auf Recht und Gesetz, Friedensvertrag, Völkerrecht und Völkerbund. Ihre Verfolgungswut richtet sich gegenwärtig vor allem gegen die deutschen Beamten, bei denen sie den hartnäckigsten Widerstand gegen die Eroberungsmaßnahmen finden, und gegen die Presse, die fast durchweg die französischen Lockungen zurückgewiesen und mutig das Deutsche vertheidigt hat.

Als der deutsche Staatsanwalt neulich den wirklichen Hochverräter Dr. Dörten in Wiesbaden verhaften und vor das Reichsgericht bringen ließ, da beglückte die Franzosen gewaltig auf und drohten sofort mit Kriegszug. Und die Reichsregierung entschuldigte sich! Dörten kann sein verdächtiges Regiment in Wiesbaden wieder munter weiter treiben. Die Franzosen aber richten im Saargebiet eine Postkontrolle ein, wie wenn es Kriegsgebiet wäre; berittene Patrouillen kreuzen auf den Straßen und in Stadt und Land, wer irgendwie „verdächtig“ ist, wird ins Gefängnis geworfen. Der Bürgermeister von St. Wendel z. B. mußte flüchten, sein Haus dient jetzt den Franzosen zum Aufenthaltsort. Ihre wahre Absicht haben die Franzosen aber in einem Antrag enthüllt, den sie an den Völkerbundrat gerichtet haben: Der Völkerbund möge die Verwaltung des Saargebietes, die in seinem Namen, wie gesagt, von einer deutschen Kommission ausgeübt wird, ausschließlich an Frankreich übertragen, damit die Förderung der Saarloben in einen geregelten

zosen möchten im Saargebiet vollends ganz ungeniert haften können, wie vor 80 Jahren in Algier, dann glauben sie, wäre es mit dem deutschen Widerstand halb vorbei. Glücklicherweise will jetzt die Reichsregierung sich im Rheingebiet umsehen. Die Herren Reichschatzminister und Reichsminister des Innern begaben sich am Sonntag mit einer Reihe anderer Herren in das besetzte Gebiet, — um sich über die Verhältnisse des besetzten Gebiets zu unterrichten, wie amtlich gemeldet wird. Hoffentlich erkundigen sie sich auch angelegentlich um die Verhältnisse im Saargebiet, das trotz der gemischten Verwaltung doch immer noch deutsches Land ist und das zurzeit der Aufmerksamkeit der Reichsregierung so sehr bedarf wie irgend ein anderer Reichsteil.

Berlin, 16. Aug. Wie wir hören, hat die deutsche Regierung die Geschäftsträger in London, Paris und Rom und den Botschafter beim Vatikan beauftragt, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen auf die Vorgänge im Saargebiet zu lenken und sie auf den Ernst der durch die französischen Uebergriffe hervorgerufenen Lage und die unübersehbaren Folgen der im Saargebiet getroffenen Maßnahmen hinzuweisen.

Die Reichseinnahmen 1919-20. Voranschlag und wirklicher Ertrag.

Nach dem jetzt vorliegenden Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 1919/20 haben Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag ergeben:

Table with 2 columns: Posten (Tax items) and Millionen (Amounts). Includes items like Tabaksteuer, Zigarettensteuer, Kriegsaufschlag, etc.

Die außerordentlichen hohen Mehreinnahmen bei der Weinsteuer und bei der Kohlensteuer sowie bei den Verbrauchsabgaben sind in den Preissteigerungen, bei der Börsensteuer in der Geschäftszunahme begründet.

Mehreinnahmen haben ergeben: Zuckersteuer 162 gegen 180 Mill., Salzsteuer 69 gegen 75 Mill., Lantiensteuer 11 gegen 18,5 Mill., Besitzsteuer 80 gegen 100 Mill., Umsatzsteuer 804 gegen 960 Mill. Aus neuen Steuern, deren Ertrag auf 9500 Mill. veranschlagt ist, sind Einnahmen noch nicht verzeichnet.

Nach dem Anschlag beträgt die Gesamtsumme der Einnahmen (einschließlich 9500 Mill. aus neuen Steuern) 14878 Mill. Die tatsächliche Einnahme hat 9726 Mill. betragen, so daß sich ein Fehlbetrag von 5152 Mill. ergibt. Läßt man den in den Anschlag eingestellten Ertrag der neuen Steuern außer Betracht, so ergibt sich ein Mehr von 4348 Mill. gegenüber der Gesamtsumme der veranschlagten Einnahmen.

Was sollte die deutsche Regierung von den Bolschewisten lernen?

ABC. Uns wird geschrieben: Von dem Reichsminister Simons ist kürzlich die Behauptung aufgestellt worden, in der russischen Sowjetrepublik werde ein enormer wirtschaftlicher Aufschwung geleistet, an dem sich auch Deutschland ein Beispiel nehmen könne. Statt derartige den Tatsachen widersprechende Behauptungen aufzustellen, sollte unsere Regierung lieber dem deutschen Volk von dem erzählen, was wirklich in

russland vorhandenen Dingen, von denen in Deutschland nichts zu merken ist, gehört u. a.: Der energische Wille der russischen Sowjetregierung, sich von der Entente nicht demütigen, nicht ducken und nicht ausbeuten zu lassen und Unterdrückungen von Seiten der Entente mit den schärfsten Gegenmaßnahmen zu beantworten. Zu den in der Sowjetrepublik vorhandenen Dingen gehört auch der absolut ablehnende Standpunkt des russischen Außenministeriums gegenüber dem Schwindel vom westlichen Pazifismus (Friedensgeist), Wilsonismus und dem zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker — in erster Linie Deutschlands und Russlands — gegründeten Völkerbund. Warum wird von der deutschen Regierung nicht das Beste für die Auslösung des deutschen Volks in dieser Hinsicht getan? Warum hat im Gegenteil die deutsche Regierung sich von den Ententeoffizieren vollkommen einklinken, betrügen und täuschen lassen? Warum verheimlicht uns die deutsche Regierung, daß die russische Sowjetrepublik in schärfster Weise den westlichen Kaufmann gegenüber stets an deren Unterdrückungspolitik in Island, Indien, Ägypten usw. erinnert hat? Warum erklärt nicht ein deutscher Außenminister, daß wir bei aller Ablehnung des Bolschewismus, in der Beurteilung der aus dem Rand und Band geratenen Unterdrücker aus dem Westen, die sich uns mit pazifistischen und demokratischen Phrasen nähern, mit der russischen Sowjetrepublik durchaus übereinstimmen? Warum erzählt man uns statt dessen Märchen von der „wiederaufbauenden Tätigkeit“ der Sowjetregierung auf wirtschaftlichem Gebiet? Warum verheimlicht uns die Regierung, daß die russische Sowjetregierung nie derartige Unverschämtheiten, Unterdrückungen und Bestialitäten, wie sie von der Entente hauptsächlich auf deutschem Boden begangen werden — auf russischem Boden gebildet hätte? Selbst damals, als sich noch offizielle Ententevertreter in der russischen Sowjetrepublik befanden, hat die russische Regierung die geringste Dreistigkeit dieser Herren gebührend zurückgewiesen, und ist nicht davor zurückgeschreckt, Vertreter der Kaufmannschaft, die die Neutralität verletzten, zu verhaften und niederzuschlagen. Das Einberufen von Ententeoffizieren in Uniform wurde von der Sowjetregierung bereits vor mehr als anderthalb Jahren verboten, worauf die Vertreter der kriegreichen Nationen sehr bald in bescheidenem Zivilrod erschienen. Man vergleiche demgegenüber die häßlichen Herausforderungen französischer uniformierter Leute auf deutschem Boden. Man erinnere sich auch des unehrdeten Eindringens von Ententeoffizieren mit Einbrechwerkzeugen in deutschen Privatwohnungen, um hier nach Waffen zu suchen. Nicht unerwähnt zu lassen in diesem Fall bleiben, daß während Ententeoffiziere in der Nähe Berlins in deutsche Wohnungen einbrachen, ein deutsches Dienstmädchen in Köln vom englischen Kriegsgericht zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt wird, weil es einem englischen Offizier, der in Abwesenheit des Wohnungsinhabers in die Wohnung einbrach, den Eintritt verweigert.

Unsere Regierung könnte manches von den Bolschewisten lernen. Statt uns aber die bolschewistische Verherrlichung des Wirtschaftslebens zum Muster zu nehmen, sollten wir lieber unsere Regierung freundlich bitten, die von der Entente mit Füßen getretenen und mißhandelten Deutschen auf deutschem Boden wenigstens so viel zu schätzen, wie die Russen von der bolschewistischen Regierung gegenüber Ententegevaltaten geschätzt werden.

Neues vom Sage.

Von der Sozialisierungskommission.

Berlin, 16. Aug. Die Sozialisierungskommission, die von 8 auf 23 Mitglieder verstärkt worden ist, hat die Beratung der Kohlenfrage abgeschlossen, die Beratungen über die Zementwirtschaft gehen dem Abschluß entgegen, worauf mit der Landwirtschaft begonnen wird. Die Bearbeitung der Kommunalisierung (Übernahme einzelner Wirtschaftszweige durch die Gemeinden), die ebenfalls bereits beendet war, wird infolge der inzwischen gefaßten Beschlüsse des Städtetags in einzelnen Punkten einer neuen Beratung unterzogen. Der abschließende Bericht, der mit als Untelage für das in Aussicht stehende Gesetz dienen soll, wird im September erscheinen. Die weiteren Arbeiten der Kommission sollen der Eisenwirtschaft, dem Wohnungswesen und der Ausgestaltung der Reichseisenbahn und der Reichspost, welche letztere eine Verbesserung vor allem nötig haben, zu-







